

Leuchtturm in der Historik-Landschaft

Zum historischen Anlass in geschichtsträchtigem Raum lud die Rechtsquellenstiftung des Schweizerischen Juristenvereins. In den Rathaussaal zur Vernissage des Rechtsquellenbandes Rapperswil.

Von Uschi Meister

Rapperswil-Jona. – Historiker, Juristen und geschichtlich Interessierte durfte Matthias Mächler, Präsident der Ortsgemeinde Rapperswil-Jona, am frühen Freitagabend begrüßen. Er verriet, dass der nun erschienene Band «Rechtsquellen der Stadt und Herrschaft Rapperswil mit den Höfen Busskirch/Jona, Kempraten und Wagen» eigentlich auf Professor Ferdinand Elsener zurückginge, dem früheren Stadtrat, später Stadtarchivar von Rapperswil.

Das Werk zeige die Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenlebens in der Stadt auf und biete spannende Themen, wie etwa die Fangrechte der Fischer, welche Berufe ein Mann ausüben durfte, was Schüler zu lernen hatten oder welche Kleider für die Bürger schicklich waren.

Was lange währt ...

Der heutige Stadtarchivar, Markus Thurnherr, konnte bei der langen Leidensgeschichte, die dem Band widerfuhr, in die Vollen greifen. Die vor siebzig Jahren geschriebene Dissertation Ferdinand Elseners zur Verfassung der alten Stadt Rapperswil bis 1798, die Eröffnung seiner Rechtskanzlei und ein weiteres Werk von



«Monumentales Werk»: Pascale Sutter, Lukas Gschwend, Matthias Mächler und Markus Thurnherr (von links) freuen sich über den neuen Band. Bild Uschi Meister

728 Seiten zu Rechtsfällen im Bezirk Gaster, machten ihn bald zum Ordinarium in Rechtsgeschichte und ebenso zum qualifizierten Verfasser des regionalen Rechtsquellenbandes.

Bald sprachen die Ortsbürger 30 000 Franken für das Verfassen des Rapperswiler Rechtsquellenbandes.

Überraschend verstarb Ferdinand Elsener 1982 an einem Herzschlag. Die Rechtsquellenstiftung suchte jemanden, der das Werk weiterführen könne, übertrug die Aufgabe an Alois Stadler und rechnete mit dem Erscheinen des Bandes in etwa sechs Monaten.

Heute wissen wir, dass die Vervollendung des Rechtsquellenbandes mehr als sechzehn Jahre in Anspruch nahm, denn auf Grund seiner überzeugenden Fähigkeiten war bald auch Alois Stadler stark überlastet. Fortan wurde nach einer qualifizierten Person mit ausreichend freier Kapazität ge-

sucht, um das umfangreiche Material zu sichten und schliesslich zur Publikation zu bearbeiten.

Dass dies kein einfaches Unterfangen sei, verdeutlichten die zur Vernissage ausgestellten Original-Handschriften. So schön sie auch optisch aussahen, sie sind heute nur mit grosser Mühe zu lesen, allein schon der damalige Sprachgebrauch birgt Probleme. Beiträge an die Arbeiten leisteten neben Kanton, Gemeinde, Korporationen und privaten Stiftungen der Nationalfonds und Lotteriefonds.

... wird endlich leuchten

Lukas Gschwend, Präsident der Rechtsquellenstiftung und wohnhaft in Jona, würdigte schliesslich die von Pascale Sutter, die das Werk zu Ende brachte, geleistete Arbeit. Es handle sich, im Vergleich mit europäischen Verhältnissen, um ein monumentales Werk, das – und dies mit erkennbarem Augenzwinkern – als Leuchtturm in der Historik-Landschaft stehe. Der Band sei weit mehr als «Juristenfutter», vielmehr ein Spiegel damaliger Sitten und Gebräuche, Phänomen der Kulturgeschichte, und verrate viel über die damaligen moralischen Vorstellungen.

Pascale Sutter erklärte ihrerseits, welche Dokumente als Vorlagen dienten, so etwa jenes über das fasnächtliche «Saugericht», das jeweils am Schmutzigen Donnerstag gehalten wurde, aus dem Jahre 1613. Und konnte noch einen konkreten Fall aufrufen, warum für den Totschlag am Liebhaber seiner Ehefrau ein Bürger freigesprochen wurde.

Feuerverbot für Tüggä-Buzzi

Der Klimaschutz fordert seine Opfer: Die Benkner Tüggä-Buzzi-Verbrennete ist ab 2008 untersagt. Ausser es komme, auf gut Deutsch gesagt, zum so genannten Outsourcing.

Benken. – Die Diskussion zur Klimaerwärmung ist unendlich, und sie muss ernst genommen werden. Denn die Auswirkungen von Feinstaub und CO₂-Abgasen sind enorm. Nicht wunderbarlich also, dass nun erste harte Massnahmen kommen, wie das Amt für Umweltschutz (AfU) des Kantons St. Gallen vergangene Woche mitgeteilt hat.

Die einschneidendste dieser Massnahmen betrifft die Gemeinde Benken und hat frontale Folgen für einen der hiesigen Fasnachtsbräuche: Der Gemeinderat Benken sieht sich nämlich durch die bindenden Vorgaben des Kantons gezwungen, ab 2008 ein Verbot für die Tüggä-Buzzi-Verbrennete auszusprechen. Die entsprechende Verfügung, gegen die kein ordentliches Rechtsmittel zulässig sei, ist gestern Samstag durch eine der sattsam bekannten Medien-Indiskretionen bekannt geworden.

Kompostieren als Alternative?

Der Gemeinderat Benken legt indes Wert auf die Feststellung, dass er die Fasnachtskliggä Tüggä-Buzzi bereits unverzüglich von der Verfügung informiert habe, so dass den Fasnächtlern genug Zeit bleibe, um eine alternative, umweltfreundlichere Entsorgung des Buzzis zu prüfen. Eine naheliegende Möglichkeit dafür sei die Kompostierung des Buzzis, verlaute aus dem Gemeindehaus.

Wie Gemeinderat Hansruedi Mullis, Vorsteher des Ressort Umwelt, auf Anfrage der «Südostschweiz» erklärte, sei es ihm ausgesprochen schwer gefallen, dem erwähnten Verbot zuzustimmen, gehöre er doch zu den Gründern der genannten Fasnachtskliggä, die im nächsten Jahr das 30-Jahr-Jubiläum feiern kann.



Bald Vergangenheit: Die Tüggä-Buzzi-Verbrennete (hier in der Version 2004) muss entweder verschwinden oder ausweichen.

«Mit dem Verbot leben»

Wörtlich erklärte Mullis: «Die Zeiten ändern sich, und Veränderungen verlangen Opfer, bittere Opfer. Die Tüggä-Buzzi müssen in Zukunft mit diesem Verbot leben.» Leider hätten sie nicht auf eine grosszügige Auslegung beim AfU zählen können.

Angebligh gut unterrichtete Benkner Kreise wollten inzwischen wissen, das kategorische Verbot sei auch dem umstrittenen Auftritt am Umzug 2007 zuzuschreiben, bei dem die jungen Fasnächtler den Goodwil masslos verschert hätten. Gegen entsprechende Negativschlagzeilen wurde jedoch

von Gemeindegeseite bereits in aller Form protestiert, weil sie zu einer zusätzlichen Klimaerhitzung führe. Regierungsrat Willi Haag hingegen, der zuständige Departementschef, war zu dieser Frage gestern Samstag nicht erreichbar.

Eine Ausweichmöglichkeit?

Hingegen meldete sich inzwischen zur leidigen Angelegenheit Marcel Blöchliger zu Wort, seines Zeichens bisheriger Mitarbeiter des Amtes für Umweltschutz des Kantons Glarus, gleichzeitig aber auch ein Tüggä-Buzzi der zweiten Generation mit vieljähriger Heimweh-Benkner Elferatserfahrung.

Er, so Blöchliger, könne den Entscheid des St. Galler Umweltschutzamtes nicht nachvollziehen. Im Glarnerland sei man da pragmatischer und habe auch ein besonderes Klima. Er schlage daher der Tüggä-Buzzi-Kliggä vor, die Nachbarschaft zum Kanton Glarus zu nutzen und an der nächsten Fasnacht den Buzzi ennet der Linth, nämlich auf Biltner Boden, zu verbrennen. Dadurch könne der Dräckliumzug, der bisher lediglich um das Dorfdreieck führte, an die Gemeindegrenzen verlängert werden.

Dringliche Unterredung

Zur Klärung der Frage findet heute Sonntag um 11.30 Uhr im Restaurant «Sternen» in Benken eine dringliche Unterredung statt. Offizielle Teilnehmer sind neben Mullis und Blöchliger auch Romana Thoma, Präsidentin des Elferrates, Gemeindepräsident Roland Tremp und sein Biltner Amtskollege Peter Lienhard, Feuerwehrkommandant Thomas Kempf und sein Amtsvorgänger, Kantonsrat Franz Schuler, sowie eine Dreierdelegation der Tüggä-Buzzi.

Die Unterredung ist auch für weitere besorgte Mitbürger zugänglich. Die Raiffeisenbank Uznach-Büchel, die Bank Linth-Liechtenstein und die Glarner Partizipationsbank sponsern gemeinsam einen Apéro. (is/ach)

SP Uznach unterstützt Gemeinde- und Schulrat

An der letzten Parteiversammlung besprach die Sozialdemokratische Partei (SP) Uznach die Geschäfte der anstehenden Bürgerversammlung vom Montag, 2. April.

Uznach. – Die Geschäfte der Politischen Gemeinde erläuterte Gemeindepräsident Erwin Camenisch. Das Budget der laufenden Rechnung sah bekanntlich Mehrausgaben von 1 015 600 Franken vor. Erfreulicherweise schliesst die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von 770 350 Franken ab. Dies wurde von der Versammlung der SP mit Freude zur Kenntnis genommen.

Die Versammlung durfte feststellen, dass die Rechnung 2006, nachdem sie vorher während vier Jahren hintereinander mit einem Mehraufwand abgeschlossen hatte, erstmals mit einem Ertragsüberschuss abschliesst. Im Verlaufe dieser vier Jahre wurde die Aufwandüberschussreserve mehr als halbiert.

Die heutige Finanzsituation der Gemeinde «krankt» vor allem an der im Vergleich mit anderen Gemeinden doch sehr hohen Verschuldung von rund 31,5 Mio. Franken. Auf Grund der heutigen und der noch zusätzlichen Verschuldung durch den Bau des Oberstufenzentrums muss die Gemeinde allein für Amortisation und Verzinsung in Zukunft mehr als 30 Steuerprozent aufbringen.

Unterstützung für Gemeinderat

Die SP Uznach unterstützt deshalb die Strategie des Gemeinderates, welcher mit hoher Priorität die Verschuldung der Gemeinde abbauen will. Der Voranschlag für das Jahr 2007 sieht bei gleich bleibendem Steuerfuss einen Aufwandüberschuss von rund 264 000 Franken vor, der aus der Überschussreserve entnommen wird. Der Gemeindepräsident erläuterte

unter anderem auch die drei Gutachten, die von der Versammlung unterstützt werden. Die SP Uznach nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass es dem Gemeinderat gelungen ist, das regionale Zivilstandsamt in Uznach anzusiedeln. Nebst den zusätzlichen Arbeitskräften werde damit einmal mehr die regionale Bedeutung von Uznach unterstrichen. Die Partei achtet es deshalb als richtig, dass das Regionale Zivilstandsamt in die gemeindeeigene Liegenschaft Obergasse 24 platziert wird und damit einerseits Synergien gewonnen und andererseits Kosten eingespart werden können. Das regionale Zivilstandsamt wird, wie bisher, das Trauzimmer im Rathaus benützen.

Erfreut über Rechnung der Schule

Schulrätin Sally Gschwend berichtete über die Geschäfte der Schulgemeinde. Die Versammlung nahm zustimmend Kenntnis von der Rechnung 2006 und dem Voranschlag 2007. Die Anwesenden waren erfreut, dass der budgetierte Bezug von 89 000 Franken aus der Aufwandüberschussreserve nur teilweise beansprucht werden musste. Die Rechnung schliesst mit einem kleinen Aufwandüberschuss von rund 2600 Franken ab. Dank des Mehrertrags aus dem indirekten Finanzausgleich von rund 220 000 Franken erhöht sich der Finanzbedarf der Schulgemeinde für das Jahr 2007 gegenüber der Politischen Gemeinde lediglich um 9100 Franken.

Das durch Gschwend vorgestellte Gutachten der Schulgemeinde zur Instandhaltung und Umnutzung des Schulhauses Büel wird trotz den bedeutenden Investitionskosten von 530 000 Franken von der SP unterstützt. Die Versammlung erachtet es als zweckmässig, dass die gesamte Mittelstufe in den Schulhäusern Herrenacker und Büel zusammengeführt wird und die Renovationen bei der Haustechnik und den Sanitäräumen vorgenommen werden. (sp)